

Editorial

25 Jahre »Kurswechsel« ...

Zu Beginn des Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (Beigewum) entstand 1985 die Publikation »Wege zur Vollbeschäftigung«, der im Jahr 1986 die erste Ausgabe des »Kurswechsel« folgte. Der vorliegende Jahrgang ist somit der fünfundzwanzigste!

Anlass für die Aufnahme der Publikationstätigkeit war die *schleichende* Krise der steigenden Arbeitslosigkeit und eine Wirtschaftspolitik, die sich rhetorisch immer noch Vollbeschäftigung und sozialen Ausgleich als Ziel setzte, de facto aber zunehmend der Budgetkonsolidierung zuwandte (Unger 1989). Eine internationale Tendenz, die mit etwas Verzögerung auch Österreich erreicht hatte.

Im Rückblick interessant und auffällig ist, dass die Argumentationen in den ersten BEIGEWUM-Publikationen in eine Diskussion um wirtschaftliche Stagnationstheorien eingebettet waren (z. B. Fleissner 1986, BEIGEWUM 1985).

*»Seit dem starken Konjunkturbruch Mitte der siebziger Jahre hat sich im Wachstumsprozeß der Industriestaaten eine stagnative Grundtendenz durchgesetzt. Diese Entwicklung führte zu Massenarbeitslosigkeit, die durch das herkömmliche Instrumentarium der keynesianischen Nachfragepolitik alleine nicht mehr abbau-
bar scheint. Eine befriedigende Erklärung dieser Situation kann nicht auf exogene Schocks wie Ölpreissprung oder Lohnkostenexplosion aufgebaut werden, sondern ist aus der kurz- und langfristigen Entwicklung des Wirtschaftsprozesses heraus, also vor allem endogen zu erklären.« (BEIGEWUM 1985, 24).*

Diese Ansätze spielten in den 1970er und 80er Jahren eine größere Rolle als danach. Während ansonsten viele der Themen aus den »Wegen zur Vollbeschäftigung« und den ersten »Kurswechsel« Ausgaben seither in den Debatten in- und außerhalb dieser Zeitschrift immer wieder aufgegriffen und vertieft wurden, ist Stagnation in den letzten Jahrzehnten kaum ein Thema gewesen.

Ahnenforschung der Krise: Zurück in den Siebzigern?

Nun steht das Stagnationsszenario wieder auf der Tagesordnung, wenn von Zukunftsszenarien die Rede ist. Wurden in wirtschaftspolitischen Debatten zu Beginn der aktuellen Krise häufig Parallelen zur Krise der 1930er Jahre gezogen, so scheinen mittlerweile die Parallelen zur Krise der 1970er Jahre augenfälliger. Der Vergleich bezieht sich auf mehrere Dimensionen:

- Strukturelle Krise des dominierenden Akkumulationsmodells. In den 1970er Jahren erschöpfte sich die Dynamik des Fordismus (Boyer 1989, Polt 1989). In der jüngsten Krise geriet ein Akkumulationsmodell an seine Grenzen, das auf globaler Lohndämpfung basiert, während das Problem der dadurch fehlenden Konsumnachfrage durch Exporte oder Verschuldung »gelöst« wird.

- Verschiebungen weltwirtschaftlicher Gewichte: Dem Aufstieg der erdölexportierenden Staaten und den Forderungen nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung stand in den 1970ern eine von der Vietnam-Niederlage geschwächte USA und ein vom Erdölpreisschock geschwächter Westen gegenüber. Heute sind es China und aufstrebende Wirtschaftsmächte in Asien und Lateinamerika, die den krisengeschüttelten westlichen Industrienationen wirtschaftlich den Rang streitig machen, und auf eine Veränderung der weltwirtschaftlichen Machtverhältnisse drängen.
- Zu den bedeutendsten globalen Nachwehen der Fordismuskrise zählte die Verschuldungskrise des globalen Südens in den 1980er Jahren. In der aktuellen Krise bildete eine diesbezügliche Parallele den Auftakt: Die Subprime-KreditnehmerInnen in den USA spielten die Rolle einer Art »3. Welt im eigenen Land«. In beiden Fällen wurden überschüssiges Vermögen an die Armen in Form von Krediten statt Umverteilung weitergegeben, und die mangelnde Rückzahlungsfähigkeit der SchuldnerInnen wurde dann zum Problem für das Finanzsystem.
- Steigendes Bewusstsein für ökologische und Ressourcenbeschränkungen. Angesichts der Ölpreisschocks wurde in den 1970ern die Vorstellung von »Grenzen des Wachstums« Bestandteil des Alltagsbewusstseins (O' Connor 1999). Dieses Szenario wurde in der jüngsten Krise reaktualisiert, Zweifel ergreifen herrschende Lebens- und Konsummuster (vgl. zum Auto als Verdichtung zahlreicher Aspekte des herrschenden Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells Kellermann 1991 und Sauer 2010).

Politik und Inflationsbegriff

Aufgrund erschöpfter wirtschaftlicher Dynamik, überschuldungsbedingter Nachfragerlücke und nahenden ökologischen Schranken wird Stagnation heute wieder zu einer plausiblen Prognose für die mittelbare ökonomische Zukunft in den westlichen Industriestaaten. Sind wir auch politisch wieder zurück in den 1970ern?

Im Vergleich zu heute waren emanzipative Bewegungen damals deutlich aktiver und stärker. Das Geschlechterregime wurde durch die 2. Frauenbewegung erschüttert, Arbeitskämpfe reaktualisierten die Klassenauseinandersetzung, die Antiatom- und Ökologiebewegung politisierten die Umweltfrage etc. Konservative Theorien in den 1970er Jahren leiteten daraus die Diagnose einer angeblich drohenden »Anspruchsinflation« ab, die zu einer Überlastung des Staates mit Aufgaben führen würde (Bell 1975, Crozier et al. 1975, Hayek 1975). So wenig diese Interpretation den Kern der Sache traf, so wirkungsmächtig wurde sie politisch. Im Zuge der neoliberalen Reformpolitik der folgenden Jahrzehnte suchte sich der Staatsapparat Aufgaben zu entledigen und öffentliche Verantwortung in Teilbereichen zu individualisieren.

Heute zeigt sich, dass inflationäre Ansprüche vielmehr auf Seiten der Vermögensbesitzenden zu diagnostizieren sind. Gemeinsam mit den Folgen der Risikoindividualisierung, die anlagesuchendes Kapital in Pensionsfonds und Versicherungen massiv erhöht hat, haben sie zu der massiven Finanzmarktblase beigetragen, die 2007/08 krisenhaft geplatzt ist. Die Diagnose der Anspruchsinflation war also, wenn nicht überhaupt falsch, so zumindest fehlplaciert. Und die Lösungen, die aus der Befolgung ihrer ursprünglichen Anwendung abgeleitet wurden, haben sich als massiv krisenanfällig erwiesen, was andere Lesarten der Krise in den 1970ern ins Recht setzt. Die Kritische Theorie interpretierte die drohende Überforderung des Staates

nicht als Resultat überzogener Ansprüche der Bevölkerung, sondern als Folge der wachsenden Kompensationserfordernisse für Dysfunktionalitäten des ökonomischen Systems: Der Kapitalismus erzeugt Probleme, die der Staat absorbieren muss. Damit werden Konflikte aus dem Wirtschaftssystem aufs staatliche Terrain übertragen, und äußern sich dort als Legitimationsprobleme, so die Diagnose (Offe 2006, Schäfer 2009, Beckert 2009).

Nach Jahrzehnten neoliberaler Reformen, wo staatliche Verantwortung für viele vormalige gesellschafts- und wirtschaftspolitische Ziele individualisiert wurde (Castel 2005, Dörre 1988), haben die Interventionen zur Bekämpfung der jüngsten Wirtschaftskrise wieder private Probleme zu öffentlichen Problemen gemacht: Private Schulden wurden sozialisiert, und somit von einem Problem der Banken zu einem Problem des Staates. Der Staat sieht sich folglich vielerorts mit verschärften Überschuldungs- und Legitimationsproblemen konfrontiert. Aus dem, was 2007 als US-»subprime«-Krise begann, und im Herbst 2008 als weltweite Bankenkrise sichtbar wurde, wurde 2010 getrieben von Finanzmarktentwicklungen eine Staatsschuldenkrise und eine politische Krise der Europäischen Union sowie einzelner Regierungen in den Mitgliedstaaten.

Zukunftsperspektiven in der Legitimationskrise des Wettbewerbsstaats

In diesem Kontext herrscht große Unsicherheit über den künftigen Entwicklungspfad. Wird die Krise zur Chance für einen stärker autoritär akzentuierten Neoliberalismus, der mittels »Schock-Strategie« weitere einschlägige Reformen und Umverteilung nach oben durchsetzen kann? Zieht die Dynamik aufstrebender Wirtschaftsmächte in Lateinamerika und Asien die schwächelnden alten Zentren EU und USA in einen neuen Aufschwung oder stellt sie aufs stagnative Abstellgleis? Gehen gegenwärtige Forderungen nach »grünem« und »intelligentem« Postkrisen-Wachstum in einer Art »new neoliberal deal« auf? Oder formieren sich möglicherweise Koalitionen für einen sozial-ökologischen Umbau, der über kapitalistische Konkurrenz- und Akkumulationsimperative hinausweist? Die recht einseitig auf Systemstabilisierung fokussierte Staatsintervention und der gegenüber den 1970ern verblasste Optimismus hinsichtlich der gesamtgesellschaftlichen Steuerungskapazität des Staates lassen allfällige Hoffnungen auf ein einsichtsvolles Umsteuern durch die Regierungsapparate erst gar nicht aufkeimen, vielmehr ist die genannte Legitimationskrise in Gestalt einer weiter zunehmenden Politikverdrossenheit auf dem Vormarsch. Eine Debatte um Aufbrüche in eine andere Zukunft kann sich also weniger denn je auf eine Diskussion technokratischer Blaupausen beschränken, sondern muss politökonomische und demokratiepolitische Überlegungen ins Zentrum stellen. Doch wer sind die AkteurInnen, die einen solchen Aufbruch tragen? Viele Beiträge in dieser – und früheren (vgl. Sauer 2010, Unger 2010) – Ausgabe(n) spiegeln die verbreitete Enttäuschung über den ausbleibenden emanzipatorischen Kurswechsel in Reaktion auf die Krise.

Die AutorInnen dieses Hefts geben unterschiedliche Gründe für diese Entwicklung an. Eine Möglichkeit wäre, dass diese Enttäuschung auf falschen Erwartungen basiert, was die Schnelligkeit eines Wandels betrifft. Warum haben im Gegensatz zu den 1970ern emanzipatorische soziale Bewegungen derzeit keine Hochkonjunktur? Ein differenzierter Blick auf die Krise der 1970er lässt auch eine weniger pessimistische Betrachtung der Gegenwart zu. Die emanzipatorischen sozialen Bewegungen,

die sich ab Ende der 1960er und Anfang der 1970er formierten, waren zwar herrschaftskritisch gesinnt, doch in gewissem Sinne waren sie auch (»illegitime«) Kinder des Hegemonieprojekts der Nachkriegsordnung. Das Leitbild sozialen Fortschritts und Demokratisierung der 1960er (in manchen Ländern zeitverschoben erst in den 1970ern) weckte Erwartungen und Versprechen, deren begrenzte Einlösung im Rahmen der bestehenden Ordnung Forderungen nach einer Veränderung im Sinne dieser Ideale hervorbrachte, die sich (wenig in Österreich, aber stark in vielen anderen Ländern) in sozialem Aufbegehren, Forderungen und Bewegungen manifestierten. Als zeitverzögerte Reaktion auf diese Strömungen wurde über viele Jahre hinweg das neokonservative Projekt geboren, das den Willen einer »schweigenden Mehrheit« (Perlstein 2008) als Gegenprojekt konstruierte und sich mit einer bislang marginalen neoliberalen Ökonomie-Denkshule zu einer neoliberalen »passiven Revolution« verband, die Ende der 1970er begann, sich von den USA und Großbritannien aus weltweit auszubreiten (Jenkins 2006).

Wenn diese Episode zur heutigen Krise eine Parallele darstellt, dann wären die anhaltenden Finanzmarkteruptionen, Austeritätsprogramme und reaktionäre Stimmen, die als Reaktion auf die Krise zu beobachten waren, die Ausläufer des in die Krise geratenen Hegemonieprojekts. Und erst in einer sich noch zu formieren habenden Reaktion auf diese gesellschaftlichen Überschießungsphänomene, die sich noch aus dem in die Krise geratenen neoliberalen Projekt speisen, könnte eine neue »schweigende Mehrheit« angerufen werden, die sich nach einiger Zeit aus einer Zurückweisung überkommener Werte in Verbindung mit einer neuen politökonomischen Doktrin zu einem neuen Hegemonieprojekt artikuliert.¹ Dieses Heft liefert Beiträge für eine solche Auseinandersetzung, die unterschiedliche Aspekte der Herausforderung eines gesellschaftlichen Umbaus beleuchten. Thematisch ist dieses Heft sehr breit gehalten, um der Vielfalt der »Baustellen« gerecht zu werden, die von Veränderungserfordernissen betroffen sind. Damit soll auch die Interdisziplinarität und Breite der Themen und Zugänge widerspiegelt werden, die die Arbeit des BEIGEWUM und die Zeitschrift *Kurswechsel*, im Unterschied zu den auf technische Verengung ausgelegten wissenschaftlichen Fachjournalen, von Beginn an auszeichnen. Dieses Projekt zielt schließlich seit jeher auf ein gesellschaftspolitisch orientiertes Wissenschaftsverständnis, bei dem eine Verschränkung unterschiedlicher Teildisziplinen ebenso ein Anliegen ist wie die Übersetzung von Fachdiskursen für Nicht-SpezialistInnen sowie das Hinterfragen von Selbstverständlichkeiten spezialistischer Diskurse.

Heinz Steinert analysiert in seinem Beitrag, wie dominante Interpretationen der Krise größere Transformationen abgewendet haben. Die in der Linken vielerorts geäußerte Enttäuschung darüber sei eigentlich unangemessen, denn Krisen hätten historisch immer eher Angst und defensive Haltungen in der Bevölkerung befördert. Abschließend skizziert Steinert Perspektiven für Veränderungen, die aus einem Bedürfnis nach einem anderen Leben erwachsen.

Birgit Mahnkopf präsentiert zentrale Elemente, die einen veränderten Entwicklungspfad jenseits des Neoliberalismus bilden könnten.

Mario Candeias zeichnet in seinem Beitrag die staatlichen Maßnahmen in den bisherigen Krisenetappen nach und kommt zu dem Schluss, dass diese Oberflächenkorrekturen nichts an der Überakkumulation geändert haben. Das neoliberale Paradigma sei erschöpft, und eine Transformation unausweichlich.

Der Beitrag von **Luise Gubitzer** kreist um ein angemessenes Verständnis der Dienstleistungsökonomie, deren Ausbau als Wachstumshoffnung reifer Volkswirtschaften gilt. Sie arbeitet den Zusammenhang zwischen den Engführungen in gängigen Konzeptualisierungen dieses Sektors und der Care- und Bildungskrise heraus.

Jörg Flecker und **Annika Schönauer** konstatieren, dass das Instrument der Arbeitszeitverkürzung während der Krise ein erfolgreiches Revival als Instrument zur Bekämpfung bzw. Verhinderung von Arbeitslosigkeit gefeiert hat und plädiert dafür, sie permanent zu machen. Anhand einer Reihe von Beispielen aus anderen Ländern zeigen sie, dass Arbeitszeitverkürzung in verschiedenen Formen möglich, sinnvoll und durchsetzbar ist.

Lutz Brangsch setzt sich kritisch mit naiven Varianten von Wachstumskritik auseinander, plädiert aber dennoch für Anstrengungen zu einer veränderten Ausrichtung wirtschaftspolitischer Ziele zu kommen. Steuerungs-Kennziffern wie Wirtschaftswachstum seien immer umkämpfte politische Konstrukte, deren Veränderung auch zu einer anderen Ausrichtung wirtschaftlicher Prozesse führen könne.

Karl Georg Zinn sieht durch die Krise die Behauptung widerlegt, Neoliberalismus führe zu Prosperität. In Wahrheit habe er bloß umverteilt und Stagnation verschleierte. Wachstum sei unter gegebenen Bedingungen nicht mehr zu erhoffen.

Gundula Ludwig stellt die Frage, ob kritische Forschung an der Universität noch eine Zukunftschance hat. Trotz neoliberaler Umstrukturierung des Hochschulsektors, der die Bedingungen für kritisches Forschen verschlechtert, plädiert sie für einen kämpferischen Einsatz, um sich auf diesem Terrain einen Platz zu sichern.

Elisabeth Klatzer und **Christa Schlager** analysieren die jüngsten Reformen der wirtschaftspolitischen Steuerung in der EU als stille neoliberale Revolution, die mit der 2010 akut gewordenen Staatsschuldenkrise gerechtfertigt wird.

Stefan Schmalz untersucht die geopolitischen Verschiebungen rund um den Aufstieg Chinas, die im Zuge der Krise noch mal an Vehemenz gewonnen haben.

Benjamin Hornung, **Andreas Meyerhöfer** und **Matthias Elsas** stellen am Beispiel Fair Trade die Frage, welchen Beitrag individuelle Konsumhandlungen zur sozial-ökologische Transformation leisten können.

Bernd Röttger konstatiert, dass die fehlende Arbeit an linksreformistischen Alternativen für eine schlechte Ausgangslage für linke Kräfte in der jüngsten Krise mitverantwortlich ist. In einem Resümee der historischen Debatte über solche Ansätze sammelt er Anregungen für die Zukunft.

Beat Weber

Literatur

- Beckert, Jens (2009) Die Anspruchsinflation des Wirtschaftssystems. Zur Theorie des Spätkapitalismus im Licht der Finanzkrise, in: WestEnd. Neue Zeitschrift für Sozialforschung 6/2.
- BEIGEWUM (1985) Wege zur Vollbeschäftigung. Arbeit für alle – Einkommen für alle, Wien.
- Bell, Daniel (1975) Die nachindustrielle Gesellschaft, Frankfurt/New York.
- Boyer, Robert A. (1989) The search for new social and technical systems and ways out of the crisis, in: Kurswechsel 4/89.
- Castel, Robert (2005) Eine neue Risikoproblematik, in: Kurswechsel 3/05.
- Crozier, Michel J./ Samuel P. Huntington/ Joji Watanuki (1975) The Crisis of Democracy. Report on the Governability of Democracies to the Trilateral Commission, New York.

- Dörre, Klaus (1988) Risikokapitalismus, in: Kurswechsel 4/88.
- Fleissner, Peter (1986) Zu einigen Widersprüchen zwischen technischem Fortschritt und Wirtschaftswachstum am Beispiel Österreich, in: Kurswechsel 3/86.
- Hayek, Friedrich August (1975) Die Anmaßung des Wissens, in: Ordo 26.
- Jenkins, Philip (2006) Decade of Nightmares: The End of the Sixties and the Making of Eighties America, Oxford.
- Kellermann, Paul (1991) System Auto: Gesellschaftliche Integration und individuelle Kompensation, in: Kurswechsel 3/91.
- Offe, Claus (2006/1972) Strukturprobleme des kapitalistischen Staates, Frankfurt am Main.
- Perlstein, Rick (2008) Nixonland. The Rise of a President and the Fracturing of America, New York.
- Polt, Wolfgang (1989) Zur Tragfähigkeit des Regulationsansatzes, in: Kurswechsel 4/89.
- Sauer, Birgit (2010) Das Geschlecht der Finanz- und Wirtschaftskrise. Eine Intervention in aktuelle Krisendeutungen, in: Kurswechsel 1/10.
- Schäfer, Armin (2008) Krisentheorien der Demokratie. MPIfG Discussion Paper 08/10
- Unger, Brigitte (1989) Möglichkeiten und Grenzen nationaler Verteilungspolitik bei zunehmender Internationalisierung, in: Kurswechsel 3/89.
- Unger, Brigitte (2010) Wer ist schuld an der Finanzkrise, in: Kurswechsel 1/10.

Anmerkung

- 1 Ob die jüngsten Aufstände im arabischen Raum in ihrer teilweisen Bezogenheit auf Krisenauswirkungen wie Lebensmittelpreisanstiege ein Element in dieser Entwicklung darstellen, wird uns unter anderem bei künftigen Kurswechsel-Ausgaben zu den Themen »Rohstoffe« (Schwerpunkt geplant für Heft 3/2011) bzw. »soziale Bewegungen im arabischen Raum« (Debattenforum geplant für Heft 2/2011) beschäftigen.